

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau, Karin Binder, Sevim Dağdelen, Lutz Heilmann, Cornelia Hirsch, Inge Höger, Dr. Lukrezia Jochimsen, Jan Korte, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Kersten Naumann, Elke Reinke, Paul Schäfer (Köln), Frank Spieth, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE.

Verletzte, Festnahmen und Grundrechtseingriffe während des G8-Gipfels in Heiligendamm

Der 33. Gipfel der G8 in Heiligendamm vom 6. bis zum 8. Juni wurde von massiven Protesten gegen die kapitalistische Globalisierung begleitet.

Einladende des Gipfels war die Bundesregierung. Mit der Planung und Durchführung der Polizeieinsätze während des Gipfeltreffens wurde die Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Kavala“ beauftragt. „Kavala“ arbeitet mit der Bundespolizei, dem Bundeskriminalamt, den Organisationen und Einrichtungen der Bundeswehr sowie dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eng und zum Teil in gemeinsamen Stäben zusammen. Schon durch diese Tatsache wird ersichtlich, dass es sich beim Polizeieinsatz anlässlich des G8-Gipfels auch um eine weit über das Land Mecklenburg-Vorpommern hinausgehende Angelegenheit des Bundes handelt.

Die Arbeit der Sicherheitsbehörden während des Gipfels wurde in zahlreichen Medien und von Menschenrechtsgruppen massiv kritisiert. So warfen Journalisten den Behörden vor, die Pressefreiheit durch den Entzug von Akkreditierungen eingeschränkt und zahlreiche Falschmeldungen verbreitet zu haben. Die Zahl schwerverletzter Polizeibeamter nach der Rostocker Demonstration ist viel zu hoch angegeben worden. Außerdem sind von Polizeiquellen wiederholt Meldungen über eine angebliche Bewaffnung von Demonstranten etwa mit ätzender Säure oder mit Nägeln gespickten Kartoffeln verbreitet worden, die später nicht bestätigt werden konnten (vgl. Lügen und Lockspitzel, in: junge Welt vom 8. Juni 2007).

Der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) erhob schwere Vorwürfe gegen die menschenrechtswidrige Behandlung von Gefangenen und insbesondere deren lange Unterbringung in Tag und Nacht hell angestrahlten Käfigen. Protestierende zeigten sich erschrocken über das teils brutale Vorgehen von Polizeibeamten (vgl. Pressemitteilung RAV vom 7. Juni 2007 <http://www.rav.de/news.php#>).

Anwältinnen und Anwälte seien von der Polizei bei der Ausübung ihrer anwaltlichen Tätigkeit behindert worden. Die mit gelben Leuchtwesten und der Aufschrift „Legal Team“ gekennzeichneten Anwälte seien auf den Boden gestoßen und mit Schlägen oder einer Festnahme bedroht worden, falls „sie nicht ‚das Maul halten‘ und aufhören würden, Festgenommene nach ihren Namen zu fragen“ (Pressemitteilung des RAV vom 6. Juni 2007). Mindestens ein deutlich als

solcher gekennzeichnete(r) Arzt im Einsatz wurde in Unterbindungsgewahrsam genommen (vgl. Am Helfen gehindert, in: DER TAGESSPIEGEL vom 12. Juni 2007).

Den Einsatz von szenetypisch gekleideten Zivilpolizisten innerhalb der Protestaktionen hat die Polizei mittlerweile zugegeben. Medienberichten zufolge soll die Polizei mit eingeschleusten Agents Provocateurs, d. h. in zivil agierenden Polizeibeamten, die Demonstranten zur Begehung von Straftaten angestiftet haben. So sollen Bremer Zivilpolizisten anlässlich einer Blockadeaktion am Kontrollpunkt „Galopprennbahn“ am Abend des 7. Juni zu einer gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei aufgefordert haben (vgl. G8-Proteste: Demonstrant beschuldigt verdeckten Zivilpolizisten als Aufwiegler, in: SPIEGEL ONLINE vom 8. Juni 2007).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Personen wurden im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Mecklenburg-Vorpommern fest- oder in Gewahrsam genommen?
 - a) In welchen Bundesländern fanden diese Fest- und Ingewahrsamnahmen statt?
 - b) In wie vielen Fällen wurde die Festnahme von den Haftrichtern bestätigt?
 - c) Wie lang war die durchschnittliche Dauer der freiheitsentziehenden Maßnahmen?
 - d) Wie lang war die Höchstdauer der freiheitsentziehenden Maßnahmen?
 - e) Was waren die Gründe für Fest- oder Ingewahrsamnahmen (bitte aufschlüsseln)?
 - f) Wie viele der Fest- und in Gewahrsam Genommenen waren unter 16 Jahre alt?
2. Welche Informationen hatte die Bundesregierung durch die gemeinsamen Stäbe von Bundes- und Landesbehörden über die Unterbringung von Gefangenen in Gitterkäfigen?
 - a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Unterbringung von Gefangenen in Gitterkäfigen vor dem Gesichtspunkt der grundgesetzlich garantierten Menschenwürde?
 - b) Inwieweit wurde die Bundesregierung im Vorfeld über die zu erwartenden Festnahmen und den damit geplanten Umgang informiert?
 - c) Haben Bundespolizisten Gefangene den Gefangenenensammelstellen zugeführt?
 - d) Wie beurteilt die Bundesregierung die Beschwerden von Gefangenen, durch das kontinuierlich brennende Licht sei ihnen das Schlafen unmöglich gemacht worden?
 - e) Wie beurteilt die Bundesregierung das Vorgehen in den Gefangenenensammelstellen, Ausländer mit in Gewahrsam genommenen Neonazis in einen gemeinsamen Käfig zu sperren?
 - f) Wie beurteilt die Bundesregierung den Zustand, dass in den Gefangenenensammelstellen keinerlei Sichtschutz die Gitterkäfige der männlichen und weiblichen Gefangenen getrennt hat?
 - g) Wie beurteilt die Bundesregierung Beschwerden von Gefangenen, dass bei der Verpflegung in den Gefangenenensammelstellen zahlreiche Lebensmittel verteilt wurden, deren Haltbarkeitsdatum deutlich überschritten war und die Verpflegung fast ausschließlich aus Würstchen bestand, so dass eine vegetarische bzw. vegane Ernährung unmöglich wurde?

- h) Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, dass in den Gefangenen-sammelstellen keine entsprechenden Hygieneartikel vorrätig waren, so dass an Frauen, deren Menstruation unter dem Stress einsetzte, Mullbinden verteilt wurden?
 - i) Wie beurteilt die Bundesregierung den Zustand, dass Beamte in den Gefangenen-sammelstellen Gefangenen als Sanktionsmaßnahme über eine Stunde den Gang zur Toilette verwehrten?
3. Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorwurf von Gefangenen, sie wären über Gebühr in Polizeiautos festgehalten worden, und wie viele Gefangenen mussten aufgrund dieser Vorgänge ärztlich behandelt werden?
4. Gegen wie viele Personen wurden im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel Haftbefehle erwirkt?
 - a) In wie vielen Fällen wurden diese Haftbefehle vollstreckt?
 - b) Aufgrund welcher Straftaten wurden die Haftbefehle erwirkt?
5. Wurden Waffen bei Demonstranten sichergestellt und wenn ja, welche und wie viele?
6. Wie beurteilt die Bundesregierung die Pressearbeit der Polizeikoordination Kavala?
 - a) Inwieweit gab es eine Abstimmung zwischen dem Bundespresseamt und der Pressearbeit der BAO „Kavala“?
 - b) Woher bekam die Pressestelle der BAO „Kavala“ die von ihr verbreiteten Informationen über eine angebliche Bewaffnung von Autonomen mit nägelspicken Kartoffeln oder ätzender Säure?
 - c) Wieweit wurden diese Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft, bevor sie verbreitet wurden?
 - d) Inwieweit wurden Informationen über eine angebliche Bewaffnung der Autonomen oder die Zahl der verletzten Polizisten öffentlich korrigiert, wenn sie sich als falsch herausgestellt hatten?
7. Wie viele Polizisten und Bundespolizisten wurden bei den Protesten gegen den G8-Gipfel verletzt?
 - a) Wie viele Schwerverletzte gemäß den gesetzlich festgelegten Kriterien für die Registrierung von Unfallopfern gab es?
 - b) Welcher Art waren die Verletzungen (bitte aufschlüsseln)?
8. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Zahl der bei Polizeieinsätzen verletzten Teilnehmer der Proteste gegen den G8-Gipfel?
 - a) Wenn ja, wie viele Demonstranten wurden insgesamt verletzt?
 - b) Wie viele Demonstranten wurden schwer verletzt gemäß den gesetzlich festgelegten Kriterien für die Registrierung von Unfallopfern?
 - c) Welcher Art waren die Verletzungen (bitte aufschlüsseln)?
9. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den Einsatz von verdeckt arbeitenden Beamten der Polizei oder des Verfassungsschutzes, die Teilnehmer der Anti-G8-Proteste zu Straftaten aufstachelten?
 - a) Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz solcher Agents Provocateurs bezüglich der offiziellen Deeskalationsstrategie der Polizei?
 - b) Wie beurteilt die Bundesregierung den von Zeugen verbürgten Einsatz solcher Agents Provocateurs während der Anti-G8-Proteste bezüglich ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 16/5185, dass derartige Methoden in Deutschland nicht zur Anwendung kämen?

- c) Wie viele Zivilpolizisten und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes hatten sich nach Kenntnissen der Bundesregierung unter die Demonstranten gemischt?
- d) Wie viele dieser Zivilpolizisten oder Mitarbeiter des Verfassungsschutzes dienten als Agents Provocateurs?
10. Waren während des G8-Gipfels in Mecklenburg-Vorpommern ausländische Polizeikräfte im Einsatz?
 - a) Wenn ja, welche Polizeikräfte aus welchen Ländern und in welcher Personalstärke waren dies?
 - b) Wenn ja, welche Befugnisse und welche Bewaffnung hatten diese Kräfte, und wie waren sie in die deutschen Polizeistrukturen eingebunden?
11. Trifft es zu, dass während der Großdemonstration gegen den G8-Gipfel am 2. Juni 2007 ein Polizeieinsatzleiter ausgewechselt wurde, und wenn ja, was waren die Gründe für dieses Auswechseln des Einsatzleiters?
12. Durch welche Entscheidungsebene und mit welcher Begründung wurde der Einsatzleiter vor Ort bei der „Demonstration für globale Bewegungsfreiheit und gleiche Rechte für alle“ am Montag, den 4. Juni 2007 in Rostock entmachtet und welche Entscheidungsebene kann prinzipiell die Abberufung eines Einsatzleiters vornehmen?
13. Hält die Bundesregierung das Vorgehen der Wasserschutzpolizei gegen Aktivisten der Umweltschutzorganisation Greenpeace am 7. Juni 2007 vor Heiligendamm, bei dem ein Boot überfahren und damit Tote in Kauf genommen wurde, für angemessen?
14. Wie steht die Bundesregierung zum Vorwurf des Republikanischen Anwältinnen- und Anwältevereins RAV, während der Proteste gegen den G8-Gipfel seien die Verteidigerrechte durch die Polizei massiv eingeschränkt worden?
 - a) Aus welchen Gründen und auf welcher rechtlichen Grundlage wurden den Anwälten des Legal Teams anwaltliche Gespräche mit den Inhaftierten verweigert?
 - b) Welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, damit in Zukunft bei derartigen Großdemonstrationen das Grundrecht auf anwaltlichen Beistand nach einem Freiheitsentzug gewahrt bleibt?
15. An welchen deutschen Grenzen wurden im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel verstärkte Kontrollen durchgeführt?
 - a) Gab es eine Zusammenarbeit mit ausländischen Polizeistellen, und gab es einen Austausch von Listen mit den Daten potentieller Gewalttäter?
 - b) Wie vielen Personen wurde bei diesen anlassbezogenen Kontrollen der Zutritt zum Bundesgebiet verweigert und in wie vielen Fällen stand dies im Zusammenhang mit dem G8-Gipfel?
 - c) Mit welcher Begründung wurde der Zutritt zum Bundesgebiet verweigert?
 - d) In wie vielen Fällen fanden bei den Grenzkontrollen Festnahmen von Personen statt, bei denen ein Bezug zum G8-Gipfel vermutet wurde?
 - e) In wie vielen Fällen wurde die Einreise oder Festnahme mutmaßlicher Gegner des G8-Gipfels an deutschen Grenzen mit Verstößen gegen das Waffenrecht begründet?
 - f) Welche Nationalität hatten die Betroffenen, denen der Zutritt zum Bundesgebiet verweigert wurde?

16. Wie viele auf Seiten der Protestierenden im Einsatz befindliche Anwälte und Ärzte wurden festgenommen, und wie lange wurden diese mit welcher Begründung festgehalten?
17. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Informationen der Deutsche Presse-Agentur, nach denen zwei US-amerikanische Sicherheitskräfte versuchten, in einem Koffer versteckten Plastiksprengstoff des Typs C4 in einem Auto nach Heiligendamm zu schmuggeln und hierbei von deutschen Sicherheitsbehörden an einer Kontrollstelle entdeckt wurden (Berliner Zeitung vom 8. Juni 2007)?
 - a) An welcher Kontrollstelle und durch welche Sicherheitstechnik wurde der Sprengstoff gefunden?
 - b) Mit welchen strafrechtlichen Konsequenzen müssen die beiden US-amerikanischen Sicherheitskräfte rechnen, und welche Anklagen wurden gegen beide Personen erhoben?
 - c) Wie bewertet die Bundesregierung den Vorgang?
 - d) Treffen Medienberichte zu, nach denen die US-amerikanischen Sicherheitskräfte mit dem Vorgang die deutschen Sicherheitsvorkehrungen bei dem G8-Gipfel testen wollten oder gibt es Anlass für Spekulationen, dass der Sprengstoff für einen tatsächlich geplanten Anschlag, evtl. zur Erreichung politischer Ziele wie dem Diskreditieren des Widerstandes gegen das Treffen dienen sollte?

Berlin, den 15. Juni 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

